

Tagesordnungspunkt 3: Resolutionen

AntragstellerInnen: Ursula Nonnemacher, Wolfgang Freese, Annalena Baerbock, Benjamin Raschke, Yvonne Plaul, Gerhard Kalinka, Heide Schinowsky, Wolfgang Renner, Annedore Brüske-Dierker, Petra Budke, Axel Vogel, Marie Luise von Halem, Sabine Niels, Michael Jungclaus

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

1 **Im Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht nachlassen –**
2 **Demokratie stärken**

3 Ausgelöst durch die unfassbaren Verbrechen, mit denen die Terrorgruppe
4 „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) in Verbindung gebracht wird, ist in der
5 Bundesrepublik eine Debatte über braunen Terror und Rechtsextremismus entbrannt. Auch
6 wenn es momentan glücklicherweise noch keine Hinweise auf eklatantes Versagen von
7 Sicherheitskräften wie in Thüringen, Hessen und Sachsen gibt, so haben wir doch auch in
8 Brandenburg allen Grund zur Sorge und Wachsamkeit.

9 Im Süden Brandenburgs hat sich das Neonazi-Netzwerk „Spreelichter“ organisiert, in Zossen
10 hatten wir 2010 Aufmärsche der „Freien Kräfte Teltow-Fläming“ u.a. zum Holocaust-
11 Gedenktag und den Brandanschlag gegen das Haus der Demokratie in Zossen zu beklagen, die
12 Neonazi-Szene in Potsdam macht anhaltend durch rassistische und gewalttätige Aktivitäten von
13 sich reden und die NPD und die Jungen Nationaldemokraten versuchen alles, um in
14 Brandenburg Fuß zu fassen.

15 Insbesondere die Stadt Neuruppin, wo es bislang weder Strukturen noch nennenswerte
16 Wahlergebnisse für Rechtsextreme gab, ist in letzter Zeit in den Focus von Neonazis aus dem
17 gesamten Bundesgebiet gelangt. Am 27. März 2010 fand ein Aufmarsch der sogenannten
18 „Freien Kräfte“ statt, der durch ein großes Demokratiefest der Zivilgesellschaft beantwortet
19 wurde. Am 9. Juli dieses Jahres konnte eine Demonstration von Rechartextremen durch eine
20 überwältigende Gegendemonstration verhindert werden. Auch am 24. September forderte ein
21 erneuter Neonaziaufmarsch die Zivilgesellschaft heraus. Im August kam es zur Gründung eines
22 Stadtverbandes der NPD und als traurigen Höhepunkt musste die Stadt am 12. November trotz
23 Gegenwehr aufgrund richterlicher Entscheidung den NPD-Bundesparteitag hinnehmen.

24 Rechtsextremismus ist keinesfalls ein alleiniges Problem der östlichen Bundesländer. Die
25 rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung gehen insgesamt zurück, allerdings ist mit über
26 einem Drittel der Brandenburger die Ausländerfeindlichkeit bei uns immer noch erschreckend
27 hoch. Wenn jetzt Ministerpräsident Platzeck die Befürchtung äußert, aus der Nazi-Terror-

28 Debatte dürfe kein neues Ost-West-Thema werden, so ist das sicher nicht falsch. Grundfalsch
29 wäre es aber, aus Rücksicht vor einem Imageschaden des Landes, wegen
30 Wettbewerbsnachteilen bei der Tourismusförderung oder der Ansiedlung von Industrie und
31 Gewerbe rechtsextremistische Vorgänge unter den Teppich zu kehren und nicht schonungslos
32 aufzuklären.

33 **Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus ist aktiv gelebte Demokratie**

34 Rechtsextreme haben dort Erfolge, wo eine politische Kultur fehlt. Wo das Engagement gerade
35 auch jüngerer Leute in demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden,
36 Bürgerinitiativen und Vereinen fehlt und die skeptische Distanz zu unserer Demokratie immer
37 stärker wächst, da haben sie leichtes Spiel. Die Stärkung demokratischer Beteiligung und
38 interkultureller Kompetenz sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Prävention von Gewalt
39 und Rechtsextremismus. Schon in der frühkindlichen Bildung muss vermittelt werden, dass die
40 Würde eines Menschen unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Geburtsort, Sprache ,
41 Aussehen und Religion unbedingt zu achten ist.

42 Die jetzt wieder verstärkt diskutierten Maßnahmen wie NPD-Verbot, Verbunddateien oder
43 Terrorabwehrzentralen werden das Problem alleine nicht lösen. Die Feinde der Demokratie kann
44 man nur bekämpfen, indem man die Demokratie stärkt. In Gemeinwesen mit einer lebendigen,
45 pluralistischen, politischen Kultur haben Rechtsextreme keine Chance.

46 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRANDENBURG fordern, dass

- 47 - der im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eingeschlagene Weg konsequent
48 und mit entsprechenden finanziellen Ressourcen auch des Landes fortgesetzt wird. Wir
49 erwarten, dass funktionierende Strukturen wie bspw. die Mobilen Beratungsteams ggf.
50 auch von Landesseite abgesichert werden.
- 51 - die sogenannte Zivilgesellschaft, wie sie sich jüngst exemplarisch in der Bürgerinitiative
52 „Zossen zeigt Gesicht“ und dem Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ engagiert
53 hat, gestärkt wird.
- 54 - die Kriterien, nach denen die Strafverfolgungsbehörden Straftaten als solche mit
55 ausländerfeindlichem, antisemitischem oder rassistischem Hintergrund bewerten und
56 berichten, offengelegt werden, damit eine Abstimmung der verschiedenen geführten
57 Statistiken möglich wird. Das Justizministerium soll dem Landesparlament jährlich über
58 diese Strafverfahren und ihren Ausgang berichten und damit den Bericht des
59 Innenministeriums, der lediglich die Sicht des Verfassungsschutzes wiedergibt, ergänzen.
- 60 - dem Landesparlament berichtet wird, inwieweit Neonazis aus Brandenburg in die aktuell
61 bekannt gewordenen länderübergreifenden rechtsextremen Aktivitäten eingebunden
62 sind
- 63 - der Bund statt Einzelprogrammen wieder ein Bundesprogramm gegen gruppenbezogene
64 Menschenfeindlichkeit und Rassismus mit entsprechender finanzieller Ausstattung
65 schafft, kurzfristig fordern wir zumindest die Streichung der sogenannten
66 „Extremismusklausel“.